

# Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mart). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogler seinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes. Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgepatte Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigeplatene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mart). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden. Sonnabend: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 86 Dienstag, den 20. Juli 1926

## Kriegsrat in Warschau.

Warschau. Feldmarschall Pilsudski hielt die erste Sitzung des engeren Kriegsrats ab. In gut unterrichteten Kreisen erzählt man sich, daß Pilsudski in dieser Sitzung den Pfeiler der polnischen Armee, seine bisher vor jedermann geheim gehaltenen

### Pläne über die polnischen Kriegsrüstungen,

entfallen wird. Die polnischen nationalen Kreise, die Pilsudski bisher eifrig bekämpft, treten jetzt immer zahlreicher auf seine Seite. Die meisten polnischen Nationalisten loben Pilsudski, daß er, der früher so gern und viel sprach, aber wenig tat, heute schweige und energisch einen imposanten politischen Plan durchführe.

### Annäherung an England

wird von den Rechtskreisen freudig begrüßt und lieber als die Annäherung an das Finanzkrante oder an das pazifistische Amerika gesehen. Besonderer Fürsorge Pilsudskis erfreut sich das Flugwesen. Es bestehen bereits fünf Fabriken in Polen, die jährlich etwa 1000 Armeeflugzeuge herstellen. Auch die Flugzeugmotoren werden in Polen hergestellt, und zwar von der Warschauer polnisch-französischen Industrie-Gesellschaft. Aus dem Auslande sollen jetzt keine Apparate mehr bezogen werden. Die polnische Armee besitzt heute mehr Flieger, als in dem Etat vorgesehen sind.

### 10,2 Franc für 1 Reichsmark.

Paris. Die Abwärtsbewegung des französischen Franc seit sich an der Berliner Börse empfindlich fort. Für eine Reichsmark erhält man etwa 10,2 Franc, während im Frieden 1 Franc = 80 Pfennig kostete.

Selbst die dramatischen Sparmaßnahmen Caillaux haben den neuen Rückschlag nicht aufhalten können. Das Kabinett hat nunmehr, wie es heißt, die endgültigen Projekte für die Währungsstabilisierung fertiggestellt, die demnächst dem Parlament zur Billigung vorgelegt werden sollen. Die internationale Spekulation sieht die Situation mit etwas harteren Blicken an, nachdem sich herausgestellt hat, daß die jetzt erfolgte Schuldenregulierung mit England doch nicht eine so optimistische Auffassung erfordert, wie es zunächst den Anschein hatte.

### Neue Besatzungslasten für die Pfalz.

Neubadt. Im Bereich des 32. französischen Armeekorps in der Pfalz werden bereits alle Vorbereitungen für die großen Manöver getroffen, die dort im September zwischen dem 41. und 47. Division stattfinden sollen. Den einzelnen Gemeinden und Ortschaften ist bereits Mitteilung über die zu erwartende Einquartierung zugegangen. An den Manövern werden auch Truppenteile der 1. Kavalleriebrigade und der Mainzer Luftbrigade teilnehmen, so daß für die Zeit der Manöver mit einer erheblichen Verärgerung der Bevölkerung zu rechnen ist. Die Leitung der Manöver wird wahrscheinlich in der Hand des Generals Zarge liegen.

### Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes.

Berlin. Bei Klagen auf Aufhebung eines Mietvertrages wegen Nichtzahlung der Miete ist nach dem vor kurzem vom Reichstag beschlossenen Gesetz über Aenderung des Mieterschutzgesetzes von dem Gericht der Fürsorgebehörde Mitteilung zu machen. Diese vermag alsdann zu prüfen, ob ein Eingreifen der öffentlichen Fürsorge nach Maßgabe der fürsorgerechtl. Bestimmungen in Frage kommt.

Das Gesetz bringt ferner eine Strafbestimmung wegen Wohnungsverweigerung. Die Forderung von wucherischen Abstandssummen, Baukostenzuschüssen, Mieten usw. wird mit Gefängnis- oder Geldstrafen bestraft. Bei Uebersiedlung von fünf oder mehr Zimmern oder bei Umwandlung gewerblicher Räume in Wohnungen sind neu geschaffene Wohnungen von der Zwangswirtschaft frei.

### Bischof Paul Wilhelm von Keppler †.

Stuttgart. Der Württembergische Landesbischof und Bischof von Rottenburg, Eggelien Dr. Paul Wilhelm von Keppler, ist in Rottenburg an Herzschwäche gestorben. Dr. von Keppler entstammte einer alten Gelehrtenfamilie, deren berühmtester Vertreter der im 16. Jahrhundert lebende Hieronymus von Keppler war. Am 11. November 1898 zum Bischof von Rottenburg gewählt, wurde er am 18. Januar 1899 als solcher konsecrirt. 1903 nahm der Bischof an der Bewegung gegen den Reformkatholizismus durch mehrere Neben lebhaften Anteil. Keppler galt als einer der besten Kanzelredner im Deutschen Reich. Am August 1925 feierte er unter großer Anteilnahme sein goldenes Priesterjubiläum.

## Ein Schritt Vorwärts in der Frage des beschlagnahmten Eigentums.

Washington. Senator Borah hat als Vorsitzender der Kommission zur Untersuchung der Fragen betreffend das beschlagnahmte ehemals feindliche Vermögen Informationen über das angeblich zwischen dem früheren Verwalter des beschlagnahmten Vermögens, Miller, und der englischen Regierung abgeschlossene Abkommen eingefordert, wonach angeblich 125 Millionen Dollar an den englischen Ueberschüßer überwiesen worden sein sollen. Senator Borah erklärte hierzu, das Abkommen sei nach Kriegschluß abgeschlossen worden und später hätten zwischen den Vereinigten Staaten und England über diese Frage weitere Verhandlungen stattgefunden. Das Abkommen sei abgeschlossen worden, obwohl die amerikanischen Gerichte ein amerikanisches Prioritätsrecht auf die beschlagnahmten Werte anerkannt haben.

### Die Oktober-Reise des Reichspräsidenten von Hindenburg.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg wird im Oktober einen kurzen Besuch zunächst in Braunschweig und daran anschließend in Bremen abstaten.

### Konferenz der Signatarmächte im September.

Genf. Die Regierungen Großbritanniens, Indiens und Kubas haben die Einladung zu einer Konferenz der Signatoren des Haager Schiedsgerichtes im September dieses Jahres in Genf angenommen. Bisher haben 25 Staaten ihre Teilnahme zugesagt. Auf dieser Konferenz werden die Vorbehalte Amerikas zur Diskussion gelangen.

### Spanien und der Völkerverbund.

Madrid. Das spanische Blatt „El Liberal“ bespricht ausführlich die Lage im Völkerverbund, was um so interessanter ist, als Primo de Rivera erst anlässlich seines Pariser Aufenthalts die Ansprüche Spaniens auf einen ständigen Ratssitz unterfingert hat. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Verhandlungen unter den Mitgliedern der Liga der Nationen, welche zu der Frühjahrssitzung geführt haben, durch ein Kompromiß beendet werden dürften. Falls ein modus vivendi nicht gefunden werden sollte, dann drohe dem Werte Wilsons der Verfall. Im übrigen wären die Entscheidungen des Völkerverbundes in den seltensten Fällen unparteiisch gewesen, der mächtigere und einflussreichere Staat hätte meistens Recht erhalten. Die kleinen Staaten hätten diesen Zustand auf die Dauer für unmöglich, und deshalb bildet sich jetzt die Zusammengruppierung der kleinen Mächte, um den sonst sicheren Zerfall des Bundes zu verhindern.

### Polen als Kulturfaktor.

Drohende Schließung der Warschauer Universität.

Warschau. Wie „Warszawianka“ berichtet, besteht die drohende Gefahr, daß die größte Hochschule Polens, welche von annähernd zehntausend Studenten besucht wird, aus Mangel an Mitteln geschlossen werden muß. Die Universität steckt in gewaltigen Schulden; das Elektrizitätswert in Warschau hat allein 70 000 Zloty zu fordern und droht, den Strom abzustellen. Nur öffentliche Opfergaben haben den Unterricht aufrecht erhalten. Die Geduld der Lieferanten und Gläubiger hat die Hochschule bisher vor der Schließung bewahrt.

### Hilfe für die Pensionsberechtigten aus der Industrie.

Berlin. Eine Reihe der bei großen industriellen Werken für Arbeiter und Angehörte eingerichteten Pensionskassen ist infolge der durch die Inflation eingetretenen Vermögensverluste nicht mehr in der Lage, den Pensionsberechtigten ihre jahresmäßigen Bezüge auszugeben. Dieser bedauerliche Zustand hat bereits zu einer Entschließung des Reichstages geführt, die dahin geht, daß erwogen werden möge, ob den Berechtigten nicht unter Heranziehung der Werte Hilfe gebracht werden könne. Die zuständigen Ministerien werden sich über die etwa einzuschlagenden Wege verständigen.

### Schwere Unwetter in der Eifel.

Steinborn. Hier ging ein Gewitter mit Hagelschlag nieder. Die Schlossen hatten die Größe von Wallnüssen, teilweise sogar von mittleren Karthoffeln. Der Erdboden war in wenigen Minuten handhoch mit Schnee bedeckt. Die Getreibeernte ist zum großen Teil vernichtet, die Kartoffelfelder sind zerstört. Auf dem Felde arbeitende Landleute erlitten durch die Schlossen teilweise erhebliche Verletzungen. Obstbäume wurden entlaubt, die Früchte abgeschlagen.

## Umgruppierung des Reichskabinetts.

Dr. Bell Reichsjustizminister. — Belegung des Reichsbahnkonflikts.

Berlin. Nachdem der Reichskanzler Dr. Marx von seiner Reise durch die befreiten Gebiete im Rheinland zurückgekehrt ist, hat er sofort seine Dienstgeschäfte wieder übernommen und zunächst eine Besprechung mit dem Reichsmehrminister Dr. Gester gehabt, der ihn in der Zwischenzeit vertreten hatte.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell ist vom Reichspräsidenten zum Reichsjustizminister ernannt worden und gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt worden. Damit ist die seit langem schwebende Umgruppierung im Reichskabinettsrat erfolgt und der Reichskanzler wieder zur Führung der rein politischen Angelegenheiten frei geworden. Die eng mit der Umgruppierung im Kabinettsrat zusammenhängende Frage der Befugnis des Staatssekretärs des Reichskanzlers soll ebenfalls noch vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages, anfangs November, ihre Lösung finden, doch ist vorläufig eine Entscheidung noch nicht gefallen.

In dieser Woche wird eine Besprechung des Reichskanzlers mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn, Herrn von Siemens, stattfinden, die eine Bereinigung der durch die Ernennung Dr. Dörpmüllers zum Generaldirektor der Reichsbahn entstandenen Konfliktfrage bringen soll. Das Kabinettsrat wird sich mit dem Ergebnis dieser Besprechung beschäftigen. Es wird nicht daran gezweifelt, daß darauffolgend die

### Befähigung Dr. Dörpmüllers durch den Reichspräsidenten

sehr bald, wahrscheinlich bereits am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche, erfolgen wird.

Auf der Tagesordnung der Kabinettsitzung stehen im übrigen noch laufende Angelegenheiten, unter denen voraussichtlich der neue Brief des preussischen Ministerpräsidenten an den Reichskanzler behandelt werden wird. Das Kabinettsrat wird darüber zu entscheiden haben, ob der Brief einer Beantwortung bedarf oder nicht.

## Einstimmigkeit im Völkerverbund über die Aufnahme Deutschlands.

Das Ergebnis der juristischen Prüfung.

London. Britische italienische und französische Juristen haben die Prüfung der rechtlichen Frage beendet, ob die Wähl Deutschlands für einen ständigen Sitz im Völkerverbund durch die Abwesenheit des spanischen und des brasilianischen Vertreters von der Ratssitzung ungültig gemacht werden würde.

Die Juristen der drei Nationen kamen zu der Schlussfolgerung, daß die Bedingung der Einstimmigkeit, die in der Völkerverbundfassung niedergelegt ist, erfüllt sein werde, vorausgesetzt, daß alle Mitglieder des Rates, die bei der betreffenden Sitzung zugegen seien, dem deutschen Antrag zustimmen.

Auf diese Weise ist eine Schwierigkeit, die andernfalls einen neuen Aufschub bedeutet hätte, erfolgreich erledigt. Dabei wird nochmals erwähnt, daß Spaniens Wunschnach einem ständigen Sitz ebenso wie der Wunsch nach Einfluß der Langzone in Spanisch-Marokko für unerfüllbar erachtet werden.

## Die rheinischen Demokraten fordern Errichtung des Reichschrennmals am Rhein.

Eine Eingabe an den Reichsinnenminister.

Köln. Der Wahlkreisverband Köln-Maas der Deutschen Demokratischen Partei hat an den Reichsinnenminister Dr. Kull, den Vorsitzenden des Reichsausschusses zur Errichtung eines Reichschrennmals mit der Gefallenen, ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Mit tiefstem Bedauern vernahmen wir rheinische Demokraten, daß die Errichtung eines Ehrenhains Bartha in Thüringen als Stätte dieses Ehrenhains ausserloren hat. Warum? Weil Bartha im Herzen Deutschlands gelegen sei? Gewiß ist Thüringen im Schilde seiner Wälder und zentral gelegen, aber ist Thüringen wirklich das pulsierende Herz des Reiches? War nicht die Geschichte deutscher Reichserlichkeit immer „der Kampf um den Rhein“? Burg- und Schloßruinen erzählen, was die Rheinlande im Laufe der Geschichte für das Reich gewesen sind. Wo trug man und wo trägt man noch heute alle Leiden für das Reich? Am Rhein, wo trotz aller Bedrückung und Verlassenheit die Lustigung vom Reich zugehört und damit die Ehre des Reiches gerettet wurde. Wen führt der Weg nach Thüringen? Zufall wäre es. Aber an dem Rhein kommt jeder einmal, und wer einmal dort gewesen,